

Stagnation in Südafrika

Jacob Zuma und der ANC werden die Parlamentswahlen noch einmal gewinnen

Marie-France Agblo / Margit Hellwig-Bötte

Der südafrikanische Präsident Jacob Zuma ist unpopulär und die Machtbasis des African National Congress (ANC) bröckelt, aber sein Wahlsieg Anfang Mai steht außer Frage. Sollte der ANC allerdings unter die psychologisch wichtige Marke von 60% rutschen, könnte der Erosionsprozess der Partei schneller voranschreiten. Im Ende der Dominanz des ANC läge langfristig die Chance für ein echtes Mehrparteiensystem und einen neuen demokratischen Aufbruch. Die südafrikanischen Institutionen sind stabil. Der fehlende gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt aber ein Risiko für die innere Stabilität des Staates. Die Regierung sollte daher stärkere Anstrengungen unternehmen, um die sozialen Verwerfungen abzufedern, die schwächelnde Wirtschaft anzukurbeln und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Südafrika ist Deutschlands wichtigster Partner in Subsahara-Afrika. Unabhängig vom Ausgang der Wahlen kann die Bundesregierung auf den traditionell guten Wirtschaftsbeziehungen aufbauen und Südafrika bei der Entwicklung eines effizienten Berufsbildungswesens unterstützen.

1912 als South African Native Congress gegründet, ist der ANC die älteste existierende Befreiungsbewegung der Welt. Seine Mitglieder kämpften für die Beendigung des Apartheidregimes und der Rassendiskriminierung.

Seit den ersten demokratischen Wahlen 1994 dominiert der ANC in einer Dreiparteien-Allianz zusammen mit dem Congress of South African Trade Unions (COSATU) und der South African Communist Party das Regierungshandeln. Er konnte alle bisherigen Wahlen mit über 60% der Stimmen für sich entscheiden. Auch 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid symbolisiert er Freiheit und Unabhängigkeit für den größ-

ten Teil der Südafrikaner. Aber die Zustimmung zur Politik des ANC und seines Vorsitzenden, Staatspräsident Zuma, sank von 70% (2009) auf nur noch 48% (2013), denn die Partei war bislang nicht imstande, die gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen: Segregation, Verbreitung von AIDS, schlechte öffentliche Bildungsinstitutionen, hohe Arbeitslosenquote und Korruption.

Die Schwerpunkte der Wahlkampagne des ANC lauteten Verbesserung der ökonomischen Situation, Ausbau der Infrastruktur in den ländlichen Regionen, Reform des Bildungs- und Gesundheitssystems und Zurückdrängung von Korruption und Krimi-

Marie-France Agblo hat von Januar bis März 2014 ein Praktikum in der Forschungsgruppe Naher / Mittlerer Osten und Afrika absolviert. Sie hospitiert derzeit in der Deutschen Botschaft in Kamerun und wird im Oktober 2014 zur London School of Economics wechseln. Margit Hellwig-Bötte ist Gastwissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Naher / Mittlerer Osten und Afrika.

SWP-Aktuell 29
April 2014

nalität. Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele, die über den 2011 verabschiedeten National Development Plan (NDP) hinausgehen, wurden jedoch nicht benannt. Dadurch mangelte es der Kampagne an Authentizität und politischer Überzeugungskraft. Überlagert wurde der Wahlkampf von Korruptionsvorwürfen, vor allem dem Skandal des Missbrauchs öffentlicher Mittel zur ausufernden Renovierung der Präsidentenvilla in Nkandla. Die ohnehin geringe Popularität Zumas, der auf der Beerdigungsfeier von Präsident Mandela öffentlich ausgebaut wurde, sank durch den Nkandla-Skandal weiter. Jüngsten Umfragen zufolge schadet dies jedoch der Unterstützung für den ANC weniger als erwartet.

Probleme einer Befreiungsbewegung

Das Erbe einer Befreiungsbewegung prägt immer noch Struktur und Selbstverständnis des ANC. Jahrzehntlang kämpfte er für die Befreiung der schwarzen Bevölkerung und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung. Er will seine Macht bewahren, damit die Zustände, die die Apartheid charakterisierten, sich nicht wiederholen. Der ANC genießt hohe Legitimität in der Bevölkerung, die ihm vertraut, weil er den Befreiungskampf gegen die damaligen Machthaber gewonnen hat. Dies wird ihm bis heute hoch angerechnet und erklärt die Hinnahme von Fehlleistungen der Regierung. Seine Legitimität ermöglicht ihm, Macht- und Hierarchiestrukturen beizubehalten, wodurch das Risiko von Machtmissbrauch und Intoleranz gegenüber Abweichlern wächst. Seit 2011 nehmen Streiks und Proteste gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen und geringe Löhne im Bergbau zu. Dies zeigt, dass COSATU die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Arbeitslosen in der Regierungskoalition nicht mehr bündeln kann. Bei der brutalen Niederschlagung der wilden Streiks in der Platinmine von Marikana im August 2012 kamen 44 Arbeiter ums Leben. Schwarze Polizisten gingen mit Methoden des Apartheidregimes

gegen den gewaltsamen Protest vor. Das wirft ein Schlaglicht auf die Schwäche des faktisch bereits gespaltenen COSATU, dem es nicht gelang, in dem Arbeitskampf zu vermitteln. Die Ereignisse von Marikana entzauberten den Nimbus des ANC als Befreiungsbewegung und offenbarten die repressive Seite der Regierung.

Der ANC ist nicht mehr die Partei des Wandels

Der ANC konnte seine Machtstrukturen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im gesamten parlamentarischen System Südafrikas institutionalisieren. Chancen zu politischer Partizipation für andere Parteien entwickelten sich nur in den Provinzen, zum Beispiel für die größte Oppositionspartei Democratic Alliance (DA) in der westlichen Kap-Provinz. Die ANC-Elite nutzte dieses System zum Machterhalt und zur Förderung ihrer Privatinteressen. Politischer Klientelismus, Patronage und Abhängigkeitsbeziehungen kennzeichnen Zumas Führungsstil und bewirken, dass nur die Elite aktiv am politischen Prozess teilhat und sich den Staat immer mehr aneignet. Im Korruptionsranking von Transparency International rutschte Südafrika binnen zehn Jahren von Platz 36 (2002) auf Platz 69 (2012).

Seit Nelson Mandelas Zeiten, der die Bevölkerung von seiner Vision eines sozial und wirtschaftlich gerechteren Südafrikas überzeugte, schwindet der Glaube an den ANC als »Heilsbringer« der Nation. Den Höhepunkt seiner Dominanz erreichte er bei den Parlamentswahlen 2004 mit 69,7% der Stimmen. Bei den Kommunalwahlen 2011 verlor er in allen Provinzen außer in seiner Hochburg Kwa-Zulu Natal und kam auf einen Stimmenanteil von 62%. Der ANC profitiert immer noch von der starken emotionalen Bindung der schwarzen Bevölkerung an den Freiheitskampf. Eine authentische Alternative konnte bislang nicht entstehen, denn ethnische Faktoren und Klassenkonflikte spielen nach wie vor eine wesentliche Rolle bei der Wahlentscheidung. Noch kann der ANC sich auf eine

komfortable Mehrheit stützen, doch Stimmenverluste bei den Wahlen am 7. Mai 2014 könnten das Ende seiner absoluten Vorherrschaft einläuten. Pendelt sich sein Stimmenanteil dauerhaft unter 60% ein, könnte dies der jungen Demokratie den Weg zu einem echten Mehrparteiensystem und zur emotionalen Lösung vom ANC ebnen.

2009 konnte die DA 16,7% der Stimmen für sich gewinnen und damit einen Stimmenzuwachs von knapp 4,3 Prozentpunkten verbuchen. Obwohl ihre Fraktionsvorsitzende Lindiwe Mazibuko schwarz ist, wird die DA weiter als weiße Partei wahrgenommen. Ihre Wählerbasis ist städtisch geprägt, ihre Anhänger sind zu 50% wohlhabende weiße, 20% schwarze, 27% farbige und 3% indischstämmige Südafrikaner. Damit repräsentiert die DA als einzige Partei das gesamte südafrikanische Bevölkerungsspektrum. Mamphela Ramphele, ehemaliges Mitglied der gegen die Apartheid kämpfenden Studentenbewegung Black Consciousness Movement, Ex-Vizepräsidentin der Weltbank und Gründerin der Partei Agang, sollte nach einer Fusion beider Parteien als Präsidentschaftskandidatin mehr schwarze Mittelschichtwähler an die DA binden. Doch der Zusammenschluss scheiterte. Trotz ihrer konservativen Ausrichtung und eines fehlenden Wirtschaftsprogramms hat die DA dennoch eine realistische Chance, sich bei den Wahlen am 7. Mai 2014 als zweitstärkste Partei mit deutlich mehr als 20% der Stimmen zu etablieren.

Zu den schärfsten Kritikern des ANC gehört der inzwischen aus der Partei ausgeschlossene einstige Chef der ANC-Jugendliga, Julius Malema, der im Oktober 2013 seine Partei Economic Freedom Fighters (EFF) gründete. Er kritisiert vor allem die schlechten Lebensbedingungen in den ehemaligen Townships, das segregierte Bildungssystem und die falsche Verteilung von Gütern. Mit linkspopulistischen Parolen machte er sich zur Stimme der unzufriedenen schwarzen Jugendlichen und enttäuschten ANC-Anhänger. Er setzt sich für mehr Arbeitnehmerrechte und höhere

Löhne im Bergbau ein, aber auch für die Verstaatlichung von Banken und Landenteignung ohne Entschädigung. Seit Monaten streiken mehr als 70 000 Arbeiter der Platinminen, ein Ende des Ausstands ist nicht in Sicht. Dies bringt Malema weiteren Zulauf. Sollte sich die EFF aus dem Stand zur drittstärksten Partei aufschwingen, wird der Druck auf den ANC zunehmen. Gefahr droht ihm ebenfalls aus dem gespaltenen Gewerkschaftsverband COSATU, denn aus der rebellierenden mitgliederstärksten National Union of Metalworkers (NUMSA) könnte sich eine neue schwarze Arbeiterpartei entwickeln.

Präsident Zuma wird nach den Wahlen noch einmal mit seinem Stellvertreter Cyril Ramaphosa das ANC-Führungsduo bilden. Seine hartnäckigsten innerparteilichen Widersacher, beispielsweise den ehemaligen COSATU-Generalsekretär Zwelinzima Vavi, hat Zuma kaltstellen können. Aber mit Ramaphosa läuft sich ein ernstzunehmender Kandidat für seine Nachfolge warm.

Stabiler Staat, fragile Gesellschaft

Trotz seiner Dominanz im Regierungsapparat und stabiler staatlicher Institutionen ist es dem ANC in den vergangenen 20 Jahren nicht gelungen, das Konzept eines Entwicklungsstaats umzusetzen, also Armut und Ungleichheit zu beseitigen, nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu schaffen und die Lebensbedingungen des Großteils der Bevölkerung zu verbessern. Präsident Zuma war nicht in der Lage, die Qualität staatlicher Dienstleistungen so weit zu erhöhen, dass breite Bevölkerungsschichten von der Leistungsfähigkeit seiner Regierung überzeugt wurden. Zwar hat der Staat eine erste Wende in der AIDS-Politik eingeleitet, indem er Medikamente bereitstellte. Bei der Qualitätssicherung im Bildungswesen und der Gewährleistung öffentlicher Sicherheit hingegen wurden keine Fortschritte erzielt. Die Stabilität des Staates und die potentielle Leistungsfähigkeit seiner Institutionen wie Parlament und Justiz stehen außer Frage. Die Medien berichten frei und unab-

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Lektüreeempfehlungen

Stefan Mair
Südafrika – Modell für Afrika, Partner für Deutschland?
SWP-Studie 12/2010,
<www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/S12_10_Mrs_ks.pdf>

Denis M. Tull
Südafrikas Bergbau: Tafahrt im Zeichen innenpolitischer Konflikte
SWP-Studie 17/2013,
<www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S17_tll.pdf>

hängig und die Zivilgesellschaft kann sich uneingeschränkt entfalten. Aber die Schaffung von Arbeitsplätzen stagnierte und die schwarze Erwerbsbevölkerung wurde unzureichend in den formellen Arbeitsmarkt integriert. Damit wurde das Ziel des Regierungsprogramms Broad Based Black Economic Empowerment verfehlt, denn die Masse der schwarzen Bevölkerung hat nach wie vor kaum Zugang zu wirtschaftlichen Chancen. Managementpositionen bleiben überwiegend in weißer Hand. Allerdings bieten auch DA und EFF keine echte Alternative zur ANC-Wirtschaftspolitik, die den sogar in den eigenen Reihen umstrittenen makroökonomischen Stabilisierungskurs des NDP fortsetzen will.

2013 wuchs die südafrikanische Wirtschaft real nur um 1,9% (Nigeria 6,3%), die Wachstumsaussichten verschlechtern sich weiter und die Krisenanfälligkeit von Wirtschaft und Gesellschaft nimmt zu. Dabei gehört Südafrika mit einem Bruttoinlandsprodukt von 350,8 Milliarden US-Dollar zu den entwickelteren Ländern und liegt auf Platz 84 (von 190). Im VN-Index für menschliche Entwicklung jedoch belegt Südafrika mit 0,629 Punkten nur Rang 121. Solange der ANC sich nicht energisch für eine inklusive demokratische Gesellschaft mit nationaler Einheit und gleichzeitiger ethnischer Vielfalt einsetzt, wird die schon während der Kolonialherrschaft etablierte soziale Marginalisierung einzelner Bevölkerungsgruppen bestehen bleiben. Die nach wie vor innerhalb der Gesellschaft existierenden partikulären Identitäten von Weißen, Farbigen, Schwarzen und Asiaten befördern die ethnische Ausgrenzung. Noch ist der südafrikanische Staat stabil, aber diese Stabilität ist durch fehlende gesellschaftliche Kohäsion und die Radikalisierung unzufriedener arbeitsloser Jugendlicher bedroht.

Deutschland und Südafrika

Deutschland ist Südafrika durch langjährige Wirtschaftskontakte und zivilgesellschaftliche Beziehungen verbunden. Die Bundesregierung sieht in der südafrikani-

schen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Parallelen zur eigenen Werteorientierung. Die klare Süd-Süd-Ausrichtung im Kreise der BRICS und seine starke wirtschaftliche Orientierung an China machen Südafrika unter Zuma jedoch zu einem schwierigen Partner.

Der Ausgang der Wahlen wird sich auch auf die deutsch-südafrikanische Zusammenarbeit auswirken. Sollte der ANC an Stimmen verlieren, wird der Druck auf die Regierung zunehmen, Wirtschaftswachstum zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und die sozialen Konflikte abzufedern. Dazu bedarf es weiterhin der Partnerschaft mit Deutschland und Europa, das außer Absatzmärkten auch Wissens- und Technologietransfer zu bieten hat.

Deutschland hat keinen Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung Südafrikas, aber ein Interesse an seiner inneren Stabilität. Mit der deutsch-südafrikanischen Binationalen Kommission gibt es ein besonderes Instrument der bilateralen Zusammenarbeit, das die Partnerschaft zwischen Südafrika und der EU ergänzen kann. Es sollte nach den Wahlen intensiv genutzt werden, um die Verständigung über gemeinsame Interessen voranzubringen und Maßnahmen zu verabreden, die die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Südafrikas fördern.

Ein Bereich bietet sich dafür besonders an: die stärkere Förderung der dualen Berufsausbildung, mit deren Hilfe sich das südafrikanische Bildungswesen und die Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern verbessern ließen. Dazu gehören auch mehr Anreize für Investitionen des deutschen Mittelstandes in Südafrika. Dieser könnte die Grundlagen für Ausbildungskooperationen, Wissenstransfer in der beruflichen Bildung und für mehr Arbeitsplätze schaffen. Auf diese Weise könnte die Bundesregierung auch indirekt die Stabilität der südafrikanischen Gesellschaft unterstützen.